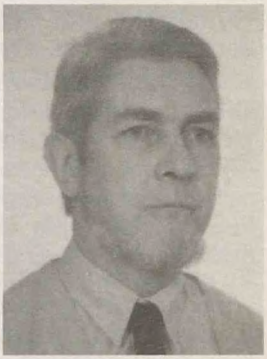
# DIESTÜTZE

## Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde

***Liebe Leserinnen und Leser!***

Allgemeiner Behindertenverband Land Brandenburg e. V. (ABB) – unter diesem Namen werden nach dem Willen der Delegierten auf der Gründungskonferenz am 15. Dezember 1990 in Potsdam die Interessen Behinderter und Betroffener des Landes Brandenburg vertreten. Nach dem Wunsch der juristisch selbständigen Mitgliedsverbände und der individuellen Einzelmitglieder sowie im Interesse eines starken Verbandes im gesamten neuen Bundesgebiet tritt der ABB dem Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland (ABiD) bei und ist somit als Landesverband dessen jüngstes „Kind".

Aufbauend auf den Erfahrungen der Behindertenarbeitsgemeinschaft in der Lausitz, der im bisherigen Bezirk Frankfurt/Oder arbeitenden Kreisverbände und des ehemaligen Bezirksverbands Potsdam, konnte die Bildung unseres Landesverbandes gründlich vorbereitet werden. Die Delegierten begrüßten als Gäste unseren Präsidenten Ilja Seifert, Frau Dr. Hildebrandt, Ministerin für Arbeit und Soziales im Land Brandenburg, und Frau Dr. Fieber von der Hauptfürsorgestelle. In der lebhaft geführten Diskussion zur Satzung und zum Programm kam immer wieder zum Ausdruck, daß es noch viel zu tun gibt. Die Eigenständigkeit der Basisgruppen – ob territorial oder behinderungsspezifisch – und die Hilfe zur Selbsthilfe sind unsere we-



*Lothar Brüning*

**IN DIESEM HEFT:**


- **Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr** *Seiten 3/4*
- **Ich wohne selbstbestimmt im Heim** *Seiten 8/9*
- **Recht** *Seiten 11–13*
- **anstoß** *Seiten 15–18*
- **Post/INFO** *Seiten 24–31*



**2. Jhg., Nr. 4/91**
**22. Februar 1991**
**Preis 1 DM**
**(Österreich 7 ÖS, Schweiz 0,90 sfr, Italien 700 Lire) plus Portokosten**

sentlichen Eckpfeiler, um den Behinderten bei der Gestaltung eines Lebens in Selbstbestimmung und Würde Hilfe und Begleitung zu geben. Viel Geduld, aber auch ein gesundes Maß treibende Ungeduld sind erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen und um alle anstehenden Probleme zu lösen.

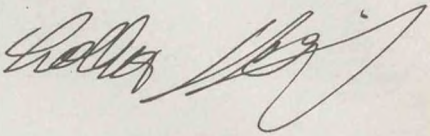
In unserer Satzung ist eine neue, noch unerprobte Form der Vorstandsarbeit beschlossen worden. So wird der Vorstand aus einem fünfköpfigen Arbeitspräsidium, welches die Delegierten in direkter und geheimer Wahl bestätigten, sowie je einem von den Mitgliedsverbänden berufenen Vertreter bestehen.

Das Arbeitspräsidium setzt sich aus der Vorsitzenden Gabriele Jank (Lübben), den drei Stellvertretern Katrin Sattler (Luckau), H.-J. Lauterbach (Lichterfelde) und M. Schmidt (Königs Wusterhausen) sowie dem Schatzmeister Lothar Brüning (Teltow) zusammen. Damit sind zunächst alle ehemaligen Bezirksregionen des Landes Brandenburg vertreten.

Durch diese neue Form der Vorstandsarbeit wollen wir eine gute kontinuierliche Arbeit ermöglichen und die Wahrung der Interessen aller Mitgliedsverbände sichern. Der Sitz des ABB wird Potsdam sein, die Anschrift lautet: Allgemeiner Behindertenverband Land Brandenburg e. V. (ABB), Hegelallee 8, O-1560 Potsdam, Tel. 30 33 88 / 30 24 89.

Damit in der STÜTZE auch das rege Verbandsleben in den neuen Bundesländern präsent wird, könnte ich mir vorstellen, als „Korrespondent" tätig zu werden. Des weiteren wünsche ich mir, in der STÜTZE mehr über das „ABiD-Innenleben" zu erfahren, wie zum Beispiel neue Mitgliedsverbände, Stellenausschreibungen, Jubiläen, Ehrungen oder Berufungen. Der im Mai neuzuwählende Vorstand sollte ausführlich vorgestellt werden. Mit den besten Wünschen für eine gute Zusammenarbeit verabschiedet sich für heute mit herzlichem Gruß

Ihr



Impressum:
**Verlag:** Verlag Humanitas GmbH, Str. der Befreiung 60, O-1136 Berlin
**Geschäftsführer:** Dr. B. Grasmugg
**Redaktion/Leserpost:** Am Kölnischen Park 3, O-1026 Berlin
**Herausgeber:** ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e. V. „Für Selbstbestimmung und Würde")
**Verantwortlicher Redakteur:** Andrea Schatz
**Redaktionsbeirat:** Daniela Reinhold; Waltraud Jähnichen, Dörthe Kränke, Ralph Loell, Regina Reichert, Marion Schulzke, Elvira Seifert, Dr. Rudolf Turber
**Fotonachweis:** J. Metzner, I. Schmid
**Satz:** deutsch-türkischer fotosatz, Besselstraße 13, 1000 Berlin 61, Tel. (0 30) 2 51 06 28 / 29
**Druck:** Felgentreff und Goebel, Zossener Straße 55, 1000 Berlin 61
**Vertrieb:** KOLOG-VERLAG UND VERTRIEB, Stargarder Straße 19, O-1058 Berlin, Konto-Nr. 39 140 157, Bankleitzahl 120 566 82
**ISSN:** 0863-4157
**Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 12. Februar 1991
Die **nächste Ausgabe** erscheint am 8. März 1991

# Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr!

**Protokollauszug der 5. Sitzung des Landtages Brandenburg am 6. Dezember 1990:**

Anfrage der Frau Abgeordneten Beate Thrams, Fraktion PDS-LL: „Trotz des Schwerbehindertengesetzes § 15 wird der Kündigungsschutz nicht berücksichtigt. Hauptfürsorgestellen, die der Kündigung zustimmen müßten, werden nicht informiert. Was wollen Sie als Ministerin tun, daß für diese Arbeitnehmer Recht und Gesetz geltend gemacht werden?"

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Dr. Hildebrandt: „... Ich verstehe uns als frei gewählte Vertreter in diesem Land, die dafür sorgen sollen, daß tatsächlich Recht und Ordnung und ein Vertrauensverhältnis einkehrt zwischen Bevölkerung und den exponierten Gremien, z. B. Richtern. Meine Bitte ... ist nur, daß wir die Bewältigung dieser Probleme als eine gemeinsam zu lösende Aufgabe betrachten, und daß auch die Fragen, die wir stellen, von unserer speziellen Situation und von unserer speziellen Kenntnis der Probleme ausgehen und konstruktiv sind ... Das möchte ich auch für die Beantwortung meiner Frage vorausschicken, denn das Problem der Schwerbehinderten ist ein Problem, das uns sehr bedrückt, nicht erst jetzt, sondern schon in der Vergangenheit.

Der Sachstand ist der, daß in der Tat eine Kündigung nur möglich ist mit Zustimmung der Hauptfürsorgestellen. Die haben wir nunmehr eingerichtet ...

Diese müssen zugestimmt haben, bevor überhaupt Kündigungen vorgenommen werden können. ... bisher haben diese Aufgaben die Arbeitsämter wahrgenommen ... Es ist so, daß wir auf dem Wege zu vernünftigen Organisationsformen sind – aber sie noch nicht durchgesetzt haben. Und gerade in der jetzigen Zeit bitte ich jeden Abgeordneten, mitzuhelfen, daß sie durchgesetzt werden. Deswegen auch die Telefonnummern, deswegen auch die Informationen darüber, daß jetzt die Wahlen für die Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben laufen. Dafür sind die Betriebsleitungen zuständig. Aber Sie wissen, die haben jetzt anderes zu tun. Aber es ist wichtig, daß wir uns jetzt um die Schwerbehinderten kümmern. Wir haben über die Arbeitsämter Neuruppin und Potsdam entsprechende Anleitungen vorgegeben, um durchzusetzen: Wenn mindestens 5 Schwerbehinderte in einem Betrieb sind, sind Schwerbehindertenvertretungen zu wählen, und ihnen ist auch das entsprechende Mitspracherecht einzuräumen.

Darüber hinaus – denke ich – ist es das A und O, daß wir die Schwerbehinderten beraten, die von Kündigung Betroffenen speziell, daß wir sagen, sie sollen sich auf keinen Fall auf Aufhebungsverträge oder auf Kündigungen einlassen, ehe nicht

die Zustimmung der zuständigen Stellen vorliegt.

Ich bitte Sie als Abgeordnete von der Möglichkeit der Beratung tatsächlich Gebrauch zu machen. Sie können auch die Beratungsdienste der freien Wohlfahrtsträger, aller Behindertenverbände, der verschiedenen Selbsthilfegruppen und selbstverständlich auch der Behörden, der Sozialämter und Arbeitsämter in Anspruch nehmen, um den Schwerbehinderten zu helfen.

Ich möchte Ihnen noch ans Herz legen, daß über unser Ministerium Dr. Fichtner zu erreichen ist, ein versierter Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Ihnen auch jede notwendige fachliche Auskunft erteilen kann ... Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, indem Sie nicht nur bei den Behörden darauf einwirken, sondern auch in den Betrieben beispielsweise, zu denen Sie Zugang oder auf die Sie Einfluß haben, um noch einmal nachzufragen, ob die Behindertenvertretungen bereits gewählt worden sind. Ich möchte Sie bitten, das noch einmal zu initiieren, daß diese Möglichkeiten genutzt werden können – wir schaffen es sonst nicht! Die Behinderten dürfen nicht gekündigt werden, und wir müssen es durchsetzen."

**Anm. d. Red.:** *Frau Dr. Hildebrandt bittet um genaue Angaben zu ungerechtfertigten Kündigungen! Die Anfrage von Beate Thrams, Vorstandsmitglied des ABiD, scheint uns jedoch nicht ausreichend beantwortet.*

# Bundeskanzler zum Thema PFLEGE

**Protokollauszug der Regierungserklärung von Dr. Helmut Kohl vom 30. 1. 1991 zu dem uns alle berührenden Thema „Pflegeversicherung":**

Wir brauchen insgesamt eine Kultur des Helfens und der Nachbarschaft, den Geist freiheitlichen und sozialen Bürgersinns. Alten wie Jungen, jedem Einzelnen eröffnet sich hier ein weites Feld sinnvoller sozialer Tätigkeit.

Hilfe und Zuwendung brauchen insbesondere jene, die wegen Krankheit oder Behinderung auf **Pflege** angewiesen sind. Ihnen und ihren Angehörigen müssen wir beistehen, auch indem wir die finanziellen Lasten tragbar machen.

*(Zuruf von der SPD: Wie ist es mit der Pflegeversicherung?)*

– Warten Sie doch ab! Die Bundesregierung wird deshalb bis zum Sommer 1992 dem Deutschen Bundestag einen **Gesetzentwurf zur Sicherung bei Pflegebedürftigkeit** vorlegen.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Struck [SPD]: Hätte aber auch eher sein können, Herr Bundeskanzler!)*

– Meine Damen und Herren, das Problem ist nicht neu. Sie haben von 1969 bis 1982 Zeit gehabt, und Sie haben nichts getan.

*(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Vogel [SPD]: Und Sie haben von 1949 bis 1969 auch nichts getan!)*

– Aber, Herr Kollege Vogel, Sie werden doch nicht bestreiten, daß die demographische Situation der Bundesrepublik Deutschland 1949 und 1969 eine andere war als die zwischen 1969 und 1982.

*(Dr. Vogel [SPD]: Die ging schon genau in die Richtung!)*

Die Daten waren damals bekannt. Sie haben nichts getan.

*(Dr. Vogel [SPD]: Was habt ihr denn getan?)*

Und ihre Zwischenrufe sollen nur davon ablenken, daß Sie auf diesem Gebiet versagt haben.

*(Beifall bei der CDU/CSU)*

Da die Menschen schnell vergessen, will ich Sie, auch im Blick auf Ihre Unruhe vorhin beim Thema Gesundheitsreform, doch daran erinnern, daß der erste wichtige Schritt im Bereich Pflege mit der Gesundheitsreform gemacht worden ist.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Im übrigen, meine Damen und Herren – lassen Sie mich das jetzt ungeachtet unseres kleinen Geplänkels anmerken –, ist die **Sicherung bei Pflegebedürftigkeit** ein Thema, bei dem ich uns alle einladen möchte, den Versuch zu unternehmen, zu einem Konsens zu kommen.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Conradi [SPD]: Da drüben! Reden Sie doch mal zur FDP, Herr Bundeskanzler!)*

– Ich weiß nicht, warum Sie immer dazwischenrufen, Sie haben noch gar nicht gehört, was ich sage.

*(Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Bisher haben Sie noch nichts gesagt!)*

Wir haben ja auch bei dem schwierigen Thema der Rentenreform nach langen und schwierigen Debatten einen Konsens gefunden. Ich könnte mir vorstellen, daß dies beim Thema Pflegebedürftigkeit, wo es vor allem um die ältere Generation geht, ebenfalls sehr gut wäre. Lassen Sie uns das doch einmal versuchen, bevor wir jetzt erneut Mauern des Kalten Krieges im Parlament errichten.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Struck [SPD]: Das geht aber auch an die FDP, Herr Bundeskanzler!)*

Meine Damen und Herren, die **Integration von behinderten Mitmenschen** in unsere Gesellschaft ist eine ständige Herausforderung – nicht nur an die Politik. Sie geht uns alle an. Besonders wichtig ist es, Vorurteile abzubauen und Verständnis zu schaffen.

Die Eingliederung Behinderter in Beruf und Gesellschaft ist um so erfolgreicher, je besser die Leistungen der medizinischen, der beruflichen und der sozialen Rehabilitation aufeinander abgestimmt sind. Wir wollen es den behinderten Menschen erleichtern, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode das **Rehabilitationsrecht** und das **Schwerbehindertenrecht** in übersichtlicher Form zusammenfassen und in das Sozialgesetzbuch einordnen.

Meine Damen und Herren, unsere besondere Anerkennung, ja Bewunderung gilt den Behindertensportlern ...

Lutz Kantel

# Bundesweite Interessenvertretung formiert sich

Die Treffen der seit Mitte der 80er Jahre in Erlangen und Köln, in München und Bremen, in Berlin und Hamburg entstandenen Zentren für Selbstbestimmtes Leben (ZSL) behinderter Menschen werden zur Normalität. Für die Veranstaltung am 18. und 19. Januar 1991 hatten das Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen (BZSL e. V.) Freunde, Mitstreiter und Interessierte eingeladen.

Dem Ruf in das – wie eine schützende Waldhütte gebaute – Gemeindezentrum am Fennpfuhl folgte ich gern, obgleich ich mich nicht mehr nur als Interessierter fühlte und ein Mitstreiter noch nicht war und bin, denn der Plan, in Jena eine ähnliche Selbsthilfeorganisation zu gründen, harrt noch seiner Verwirklichung.

Verständlich, daß mein Interesse vor allem den vielfältigen praktischen Problemen der Tätigkeit eines Zentrums für Selbstbestimmtes Leben galt. Manchen Hinweis konnte ich aufnehmen oder im persönlichen Gespräch erfragen. Vieles mußte aber auf spätere Kontakte und Treffen verschoben werden. Andere Interessen und Bedürfnisse waren vorrangig.

Da war der Wunsch der rund 30 Teilnehmer, im Streit der Meinungen eine größere begriffliche Klarheit zu dem die Bewegung prägenden Terminus „Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen" zu erreichen. Inhaltliche Diskussionen mußten in den vergangenen Jahren oftmals hinter den praktischen Fragen der Institutionalisierung und Professionalisierung zurückstehen. Andererseits sind im widersprüchlichen Ringen um ein hohes Maß an Selbstbestimmung, das die meisten Anwesenden verkörperten, individuelle und kollektive Erfahrungen und Einsichten gewachsen, die zur theoretischen Verallgemeinerung drängen. Nicht wenige beunruhigt auch, daß andere Organisationen und Institutionen den Begriff „Selbstbestimmt Leben" zunehmend mißbräuchlich verwenden.

In wesentlichen Aussagen zustimmend, wurden zwei vom European Network on Independent Living erarbeitete Materialien über Grundsätze und Kriterien eines selbstbestimmten Lebens behinderter Menschen aufgenommen. In einem heißt es: „Jede öffentliche und nichtöffentliche Organisation, die den Titel ‚Selbstbestimmt Leben' benutzen will oder vorgibt unter diesem Motto zu arbeiten, muß folgende Prinzipien und Kriterien erfüllen: 1. Solidarität; 2. Weiterbildung; 3. De-Institutionalisierung; 4. Demokratie und Selbstbestimmung." In der Diskussion über Grundsätze und Kriterien eines selbstbestimmten Lebens wurden eine Reihe inhaltlicher Ergän-

zungen vorgeschlagen. Es zeigte sich aber auch, daß es längerfristig notwendig sein wird, die Ausarbeitung entsprechender Konzepte, Grundsätze und Definitionen zielgerichtet zu fördern.

Parallel dazu erörterten Vertreter der einzelnen Zentren das Statut einer bundesweiten Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben". Sie kann eine wichtige Organisationsform sein, um die Einfluß- und Wirkungsmöglichkeiten der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung in Deutschland zu erhöhen und den Anschluß an europäische Entwicklungen herzustellen.

Leider ließ diese Zweiteilung des Treffens wenig Raum für einen produktiven Meinungsaustausch im Plenum, obwohl die Veranstalter mit viel Geduld nach einem Ausgleich der unterschiedlichen Interessen suchten.

Wenn auch mehr am Rande der umsichtig und mit viel Liebe vorbereiteten zwei Tage in Berlin liegend, hat sich mir ein Bild doch tief eingeprägt: Dicht aneinander gedrängt sperrten behinderte Menschen, mutig sich dem aggressiven Großstadtverkehr aussetzend und dabei sich selbst überwindend, eine Kreuzzung für zehn Minuten ab. Mit der Losung „Wir sind schon genug" wollten sie ihre Mitbürger zum Nachdenken über die Folgen des Golfkrieges bewegen. Es möge nutzen.

*Die „Gründsätze für ein selbstbestimmtes Leben" werden getippt.*

Ruth Schajanek

# Ich wohne selbstbestimmt im Heim!

Ich lese des öfteren im Unterton Ihrer Beiträge mit etwas Traurigkeit, daß man die Unterbringung Behinderter in einem Heim als allerletzte Möglichkeit der Versorgung und als starke Einschränkung eines selbstbestimmten Lebens ansieht. Dem muß ich aus eigener Erfahrung widersprechen. Es mag sein, daß unser Heim zu den guten im Lande gehört.

Das Pirnaer Senioren- und Pflegeheim ist eines von sieben gleichen Typs in Dresden und Umgebung. Es ist groß (540 Plätze), hell und sauber, mit vielen Möglichkeiten zur Rehabilitation und Betätigung. Daß ich mich an eine gewisse Heimordnung halten muß, empfinde ich nicht als Einschränkung meiner Freiheit. Auch in meiner früheren Wohnung war eine Hausordnung zu befolgen. Ich bin Rollstuhlfahrerin mit mehreren Knochenschäden und entfernter Hüftendoprothese. Im Heim bewohne ich ein Einzelzimmer mit rollstuhlgerechter Toilette.

Nach meinem Einzug vor sechs Jahren habe ich im Kellerraum ein Eckchen für meine Nähmaschine erobert. So kann ich meine Füße tüchtig bewegen und für andere geschädigte Heimbewohner viel nützliche Näherei und Flickerei erledigen. Im Keller steht auch mein Elektrorollstuhl. Ich kann mit dem Aufzug jede Etage erreichen und auch jederzeit rausfahren, einkaufen, Freunde besuchen oder einfach durch Wald und Feld rollen. Niemand fragt, ob ich mal nicht zum Essen da bin oder spät nach Hause komme. Einen Haustürschlüssel kann ich mir borgen. Im Seniorenbereich ist jeder ganz frei, im Pflegebereich muß es natürlich der Schwester gesagt werden.

Ich erwarb mir auch das Vertrauen der Heimbewohner und wurde zur Etagenverantwortlichen gewählt. Als solche bin ich jetzt Mitglied und stellvertretende Vorsitzende des Heimbeirates, kann also nach bundesdeutschem Heimbeiratsgesetz in vielen Angelegenheiten mitwirken. Dieser Heimbeirat besteht aus 14 Etagenvertretern, davon sind der Vorsitzende und drei Mitglieder Rollstuhlfahrer, weitere drei sind geh- oder sehbehindert.

Weiterhin engagiere ich mich im Koordinierungsbeirat „Behinderte und ihre Freunde" und habe eine Selbsthilfegruppe „Behinderte im Seniorenheim" gegründet – mit den unterschiedlichsten Behinderungen und großer Altersspanne. Wir treffen uns zwanglos bei Gymnastik, Arbeitstherapie, Kegeln, Heimfesten und organisieren Ausfahrten. Der Beirat und alle acht Selbsthilfegruppen haben bei uns im Heim die kostenlose Möglichkeit für Zusammenkünfte.

Ich finde besonders gut, daß ich vom ich-bezogenen Denken loskomme. Ich kann auch als Behinderte für andere tätig sein, finde dabei

Freude und Selbstbestätigung, und das kann im Heim fast jeder! Wer einkaufen kann, holt auch für andere ein, wer lesen kann, liest dem Sehgeschädigten vor, wer schreiben kann, tut dies auch für die mit zittrigen Händen. Viele Handreichungen kann man dem Nächsten tun oder auch nur mal zuhören. Auch das ist sehr wichtig. Wer kontaktfreudig ist, findet unter 500 Heimbewohnern bestimmt Freunde. Zwar sind die meisten älteren Jahrgangs, aber das schließt Freundschaften doch nicht aus!

Schwierigkeiten gibt es derzeit auch in Heimen wie meinem fast im Übermaß, aber in der Gemeinschaft liegt viel Tröstliches und auch Hilfe. Ich habe jedenfalls noch keine Stunde bereut, diesen Schritt ins Senioren- und Pflegeheim getan zu haben.

**Ernst Schlegel**

# Mitbestimmung und Mitwirkung!

Seit 1945 bin ich kriegsbehindert, seit 1960 auch gelähmt. Es kostet mich einige Mühe, mich im Rollstuhl fortzubewegen.

Das Wort Selbstbestimmung hatte für mich früher vor allem politische Bedeutung – als „Selbstbestimmungsrecht der Völker" etwa. Was für mich nach meiner Lähmung zunächst sehr wichtig wurde, war das Selbsttun, manchmal wurde es auch zur Manie. Ich höre noch das ungläubige „Alles selbst?" der tschechischen Krankenschwester in Johannesbad (1962), als sie meine Mühe sah, allein in den Rollstuhl oder ins Bett zu kommen.

Der Rollstuhl war eine „Krücke", ungebremst und ohne Greifreifen. Ich besorgte mir Knüppel, mit denen ich die Räder blockierte, ein Brett, über das ich mich ins Bett wälzte und zerrte. Manches ging, wenn man wollte, sich etwas einfallen ließ – und auch mal Hilfe annahm. Wenigstens die Knüppel mußte ich ja besorgen lassen. Mit meinem Körper aber wollte ich möglichst selbst fertig werden.

Später gab es dann etwas bessere Rollstühle, sogar Motorisierung. Den Duo zuerst, dann den Trabi, mit dem ich wegen meiner Auch-Arm-Behinderung einige Schwierigkeiten hatte. Ich mußte mir immer mal wieder eine kleine Verbesserung meines Handbedienungsgerätes einfallen lassen, ehe es besser lief.

So war es überall, im Haushalt, bei der Arbeit, im Urlaub, im Garten. Es gab Fortschritte, aber es blieben immer Wünsche offen. Manches Erfolgserlebnis mußte sehr, sehr teuer erkauft werden. Für mich waren das strapaziöse Fahrten am Steuer meines Wagens, bei „maximaler Selbstbestimmung": Zweimal lenkte ich meinen Wartburg um den Kaukasus, 10 000 km in einem 4-Wochen-Ritt. Mein höchster Gipfel als „Gehfähiger" war der Ätna gewesen, am Elbrus kam ich im Rollstuhl ein paar

hundert Meter höher – mit Gottes und der Nachbarn Hilfe. In Leningrad erlebte ich die „weißen Nächte". In Rumänien kenne ich alle wichtigen Karpatenpässe, das sind eine ganze Menge. Im letzten Sommer kurvte ich mit dem Wohnanhänger im Schlepp, „selbstbestimmter" als sonst, die jugoslawische Adriaküste entlang, bis nahe an die albanische Grenze.

Selbstbestimmt? Nicht ganz. Meine Frau mußte mit. Sonst wäre das nicht gegangen. Manchmal sage ich zu ihr: „Laß Dich nicht als Leibsklavin mißbrauchen!" Ich meine, irgendwie kennzeichnet das die Extremsituation, in der wir uns manchmal befinden. Es geht dann nicht immer, daß ein „einstimmiger Beschluß" gefaßt wird. Manchmal muß einer richtig für beide entscheiden; ohne wechselseitiges Unterordnen geht es nicht.

Aber bei der von der Redaktion angeregten Diskussion geht es nicht nur um das Problem der Selbstbestimmung des Einzelnen oder um die einfache Beziehung Behinderter/Helfer; auch nicht nur um das Verhältnis der Behinderten untereinander. Darüber hinaus aber sind wir irgendwo ja auch politisiert, sind um unseren zukünftigen Platz in der Gesellschaft besorgt, den wir nach jahrzehntelanger Unmündigkeit nun zugewiesen haben wollen. Momentan stehen wir trotz sozialstaatlicher Gesetze in einem politischen Spannungsfeld, das sich umpolt von „sozialistisch" auf „demokratisch". Das wirbelt uns eher durcheinander, als daß es uns einen besseren Platz zuweist.

Wir teilen nicht nur die Umstellungsprobleme aller anderen ehemaligen DDR-Bürger, wir haben auch noch zustätzliche Belastungen auf uns zu nehmen: Fragebögen, Anträge, Schreibereien, Wege, die eigentlich nicht zumutbar sind, Konfrontation mit einer nicht für möglich gehaltenen, ziemlich unbeweglichen Bürokratie, ökonomische Zwänge, die von einem der „reichsten Länder der Welt" nicht zu erwarten waren.

Das fordert uns heraus zur Auflehnung gegen die „Fremdbestimmung", die wir gerade abgeschüttelt hatten. Es sind nicht die gleichen Formen. Aber sie scheinen uns doch recht verwandt. In der Diskussion über Selbstbestimmung sollten wir uns deshalb fragen, wieweit wir unseren Platz in der Gesellschaft überhaupt selbst bestimmen können! Ich glaube, wir können ihn nur mitbestimmen. Unsere Stimme ist in der Demokratie nur eine von vielen. Sie wiegt nicht schwerer als die anderer Mitglieder der Gesellschaft.

Aber wir brauchen im Konkurrenzkampf der Markt- und Leistungsgesellschaft einen besonderen Schutz, eine Absicherung gegen das Untergebuttertwerden. Dafür sind die entsprechenden Gesetze des „Sozialstaates" vorhanden, gewiß. Aber sie sind für Menschen gemacht, die unter den Bedingungen einer seit 40 Jahren auseinandergelaufenen Entwicklung aufwuchsen. Und wir sehen, daß sich viele Behinderte der Altbundesrepublik nur durch Kampf behaupten können. Wir aus der ehemaligen DDR haben da ungleich schwierigere Bedingungen. Mögen

die neu auf uns übertragenen Sozialgesetze in mancher Hinsicht auch besser, sozial gerechter erscheinen – sie sind es mit Sicherheit nicht in jedem Einzelfall.

Sie sind es auf keinen Fall im Hinblick auf die Art der Übertragung! Sie sind Ausdruck eines Verfahrens, das zwar durch den Einigungsvertrag juristisch abgedeckt und durch die Wahlen formaldemokratisch legitimiert ist. Aber es gibt so viele Defizite an Vernunft, an demokratischer Mitwirkung der Betroffenen, an Willen zum Ausgleich durch gegenseitige Angleichung, an Unverständnis für unsere Situation, daß Konflikte vorprogrammiert sind. Möglich, daß sie nur einen Teil von uns betreffen. Aber das sollte uns nicht hindern, uns wieder an den Gedanken der Solidarität zu erinnern.

Und wir werden wohl den Kampf ausfechten müssen gegen zu viel Fremdbestimmung und zu wenig Selbstbestimmung, für mehr Mitbestimmung.

# Bleibt die Invalidenrente?

Bis zum Dezember 1991 bleiben generell auf dem Gebiet der ehemaligen DDR die bisher geltenden rentenrechtlichen Regelungen bestehen. (Das trifft übrigens auch für die Zuverdienstmöglichkeiten der Invalidenrentner zu.) Ab. 1. Januar 1992 wird dann die Bestimmung wirksam, daß für Rentner und rentennahe Jahrgänge der Besitzstand gewahrt bleibt und die Rente mindestens so hoch ausfallen muß, wie sie nach den am 30. Juni 1990 geltenden DDR-Regeln gezahlt worden wäre – allerdings ohne Berücksichtigung der Sonderversorgungssysteme.

Die bestehenden Invalidenrenten werden – mit den inzwischen erfolgten Erhöhungen – weiter gezahlt, soweit die gesundheitlichen Beeinträchtigungen fortbestehen, die sie begründeten. Bis zum 30. Juni 1995 werden, nach dem genannten Besitzstandprinzip, auch noch neue Invalidenrenten gezahlt, falls kein günstigerer Anspruch nach westdeutschem Recht besteht. Hinzu kommt am Jahresbeginn 1992 die Möglichkeit, Berufsunfähigkeitsrenten zu beziehen. Das ist ein Vorteil, weil darauf schon bei 50 Prozent Erwerbsminderung in der Regel Anspruch besteht.

***Anmerkung der Redaktion:*** *Diese Auskunft von Dr. Martin Ammermüller, Referatsleiter Rentenversicherung beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, deckt sich mit dem Hinweis des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), daß „altes DDR-Rentenrecht bis Mitte 1995" weitergilt, sofern es für den Betroffenen günstiger ist als das künftige einheitliche Bundesrecht. (siehe Berliner Zeitung vom 24. Januar 1991.)*

## Hinzuverdienst

**Kann man eine Nebenbeschäftigung mit einem Netto-Einkommen von 400 D-Mark monatlich beibehalten, wenn man arbeitslos wird?**

18 Stunden wöchentlich darf ein Arbeitsloser beschäftigt sein. 30 Mark wöchentlich kann er ohne weiteres hinzuverdienen. Der darüberliegende Betrag wird halbiert und zur Hälfte auf das Arbeitslosengeld (oder Altersübergangsgeld) angerechnet. Zu beachten: 80 Prozent des letzten Netto-Einkommens dürfen nicht überschritten werden, sonst könnte der Hinzuverdienst vom Arbeitslosen- bzw. Altersübergangsgeld total aufgesogen werden.

## Altersübergangsgeld

**Können Invalidenrentner Altersübergangsgeld erhalten?**

Wenn Sie nach Beginn Ihrer Rente eine beitragspflichtige Beschäftigung von mindestens 90 Tagen hatten, ist das möglich. Voraussetzung: Sie müssen alle anderen Bedingungen für das Altersübergangsgeld erfüllen. Also 57 Jahre vollendet haben und nach dem 3. Oktober 1990 arbeitslos geworden sein. Das Altersübergangsgeld besteht dann aus der Invalidenrente und 65 bzw. 70 % ihres zusätzlichen Verdienstes im Lohndrittel.

**Kann man auch Altersübergangsgeld erhalten, wenn man vor dem 3. Oktober 1990 arbeitslos wurde?**

Nein. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es den Vorruhestand mit seinen besonderen Bedingungen. Seit dem 3. Oktober gibt es als vorübergehende Sonderregelung Altersübergangsgeld in den neuen Bundesländern. Altersübergangsgeld kann erhalten, wer in der Zeit vom 3. Oktober 1990 bis 31. Dezember 1991 arbeitslos wird und mindestens 90 Tage versicherungspflichtig tätig war. Nur wer im Gebiet der ehemaligen DDR wohnt und arbeitet, kann dieser Regelung in Anspruch nehmen.

(entnommen aus: „Guter Rat!", Februar 1991, S. 16)

## Was sind „Gleichgestellte"?

Das Schwerbehindertengesetz vom 21. Juni 1990 besagt lt. § 2:

(1) Personen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30 sollen auf ihren Antrag vom Arbeitsamt Schwerbehinderten gleichgestellt werden, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 7, Abs. 1 nicht erlangen oder nicht behalten können. Die Gleichstellung wird mit dem Tag des Eingangs des Antrages wirksam. Sie kann befristet werden.

(2) Auf Gleichgestellte ist dieses Gesetz mit Ausnahme des § 47 und des Elften Abschnitts anzuwenden.

Der § 47 und der Elfte Abschnitt des Schwerbehindertengesetzes schließen für Gleichgestellte aus, daß Gleichgestellte einen bezahlten Zusatzurlaub erhalten, der den Schwer-

behinderten lt. Gesetz gewährt wird; Gleichgestellte bei der Beförderung im öffentlichen Personenverkehr Ermäßigung erhalten bzw. von der Kraftfahrzeugsteuer befreit sind, wie das für Schwerbehinderte gilt.

(entnommen aus: „diabetiker", 7/1990, S. 13)

# Zuständigkeiten

## Versorgungsämter

- Feststellung des Grades der Behinderung und weiterer Voraussetzungen für Nachteilsausgleiche
- Ausstellung des Schwerbehindertenausweises
- Anträge für Kriegsgeschädigten- bzw. -hinterbliebenenrenten

## Hauptfürsorgestellen

- Begleitende Hilfen im Arbeits- und Berufsleben (§ 31, Abs. 3, SchwbG)
- Schulung der betrieblichen Helfer
- Kündigungsschutz
- Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgaben

## Landesversicherungsanstalten (LVA)

- Zahlung noch bestehender („alter") Pflege-, Sonderpflege- und Blindengelder
- Rentenanträge (bei Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit, nach Erreichen der Altersgrenze)
- Kuranträge
- Anträge auf Kfz.-Hilfe

## Krankenkassen

- Anträge auf Pflegegeld für schwer Pflegebedürftige, genannt: „Häusliche Pflegehilfe" – nicht zu verwechseln mit dem Pflegegeld!
- Sterbegeld
- Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln

## Sozialämter

- Anträge für (erhöhte) Pflegegelder, deren Bearbeitung und Weiterleitung

## Arbeitsämter

- Zahlung von Altersübergangsgeld (ehemals Vorruhestandsgeld)
- Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe
- Zahlung von Kindergeld
- Bei jedem Arbeitsamt ist eine besondere Stelle zur Durchführung der Aufgaben nach dem Schwerbehindertengesetz sowie zur Arbeits- und Berufsförderung Behinderter eingerichtet! (§ 33, Abs. 4, SchwbG)

Obenstehende Zusammenstellung ist das Ergebnis meiner Recherchen zum aktuellen Stand Anfang Februar.

**Andrea Schatz**

Dr. Rudolf Turber

# SPECIAL OLYMPICS BERLIN

Aus dem Organisationskomitee des 1. Gesamtberliner Sport- und Spielfestes für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, das in den letzten Septembertagen im Berliner Freizeit- und Erhohlungszentrum Wuhlheide stattfand (STÜTZE 11 + 12/90 und 17/90) entstand im 2. Halbjahr 1990 die Sportgemeinschaft REHABILITATION BERLIN-LICHTENBERG e. V., deren Ziel die Förderung des Sportes für und mit geistig behinderten Menschen ist. Anliegen des neuen Sportvereins, der frühere engagierte Bemühungen auf diesem Gebiet fortsetzt, ist die Gestaltung eines interessanten Vereins- und Sportlebens, die Entwicklung eines regelmäßigen sportlichen Trainings mit geistig behinderten Jugendlichen, das Ausrichten entsprechender Veranstaltungen und Wettkämpfe und das Vorbereiten eines 2. Gesamtberliner Sport- und Spielfestes für den gleichen Personenkreis.

Mitglieder können geistig behinderte Menschen, Eltern, Freunde und Förderer dieses humanistischen Anliegens werden. Der Mitgliederbeitrag beträgt für geistig Behinderte 1,– DM monatlich, für Nichtbehinderte 2,– DM. Angesichts der steigenden Kosten auf diesem Gebiet werden Geld- und Sachspenden gern angenommen, ebenfalls Angebote zur Mitarbeit und Unterstützung. Zum Berliner Behindertensportverband wurde Kontakt aufgenommen, um den Beitritt zu diesem Landesverband vorzubereiten.

Zum Jahresausgang 1990 erhielten die Organisatoren des 1. Gesamtberliner Sport- und Spielfestes ein Schreiben von Paul Anderson, Generaldirektor der internationalen Sportbewegung SPECIAL OLYMPICS INTERNATIONAL für Europa. Darin ermächtigt Herr Anderson nach Abstimmung mit dem internationalen Hauptquartier in Washington die Gründer dieser neuen Sportgemeinschaft – zunächst für die Dauer eines Jahrs – als offizieller Vertreter von SPECIAL OLYMPICS im Gesamtberliner Raum tätig zu werden. Damit verbunden ist die Befugnis, den Namen SPECIAL OLYMPICS, deren Symbole und Materialien zu verwenden, Sportspiele und Wettkämpfe entsprechend den Regeln von SOI zu organisieren, Spenden zu sammeln und Sponsoren zu gewinnen. So stellt die neue Sportgemeinschaft gleichzeitig SPECIAL OLYMPICS BERLIN dar.

Wer an einer Zusammenarbeit mit uns oder an der Entwicklung eines gesamtdeutschen Programms von SPECIAL OLYMPICS interessiert ist, wird gebeten, sich an folgende Adresse zu wenden: SG REHABILITATION BERLIN-LICHTENBERG e. V., Archenholdstr. 102, O-1136 Berlin, Telefon 5 25 21 23, Spendenkonto: 6772-34-1253, Sparkasse der Stadt Berlin.

# Vorgestellt AOB

**Ein Gespräch mit Frau U. Jaehn und D. Lambrecht, Mitarbeiter beim „Arbeitskreis zur Orientierungs- und Bildungshilfe"**

**Was verbirgt sich hinter dem Namen ihres Arbeitskreises?**

Der Verein Orientierungs- und Bildungshilfe richtet sich an erwachsene Analphabeten bzw. an Erwachsene mit Schriftsprachproblemen, aber auch an Leute, denen es schwer fällt, ihren Alltag zu strukturieren. Insofern gibt es einen Bildungsansatz und den Schwerpunkt der Orientierungshilfe für das tägliche Leben.

**An welche Zielgruppen wendet sich der AOB?**

Die Teilnehmerzusammensetzung in unseren Kursen ist sehr heterogen. Es gibt sowohl diplomierte Kursteilnehmer als auch Erwachsene mit geistiger Behinderung.

**Seit wann gibt es Ihren Arbeitskreis?**

1977 wurde an der Freien Universität im Fachbereich Erwachsenenbildung dieses Projekt gestartet. Durch die Arbeit eines Einzelfallhelfers wurden wir auf die Problematik des Analphabetismus hier in Berlin aufmerksam. Erste Kurse liefen dann an einzelnen Volkshochschulen. Später stand uns eine kleine Ladenwohnung zur Verfügung. Die Arbeit erfolgte zunächst von Studenten auf Honorarbasis, durch ABM-Mitarbeiter oder ohne jegliche Bezahlung. 1981 hatten wir unsere erste feste Stelle. Es war der erste Verein dieser Art, gefolgt von der Bremer Volkshochschule.

anstoß

*Beilage für Angehörige und Freunde geistig behinderter Menschen*

**Wie kam es, daß sich der „AOB" in den folgenden Jahren im „Mehringhof" etablierte?**

Die zwei Zimmer in der Ladenwohnung reichten auf Grund des großen Bedarfs bald nicht mehr aus. 1980 wurde das multikulturelle Projekt „Mehringhof" in Kreuzberg gegründet. Wir wollten mit anderen zusammenarbeiten und unseren Teilnehmern gleichzeitig verschiedene kulturelle Möglichkeiten anbieten. Vorteilhaft für die Teilnehmer des „AOB" ist, daß eine gewisse Anonymität für den einzelnen gewahrt bleibt. Aufgrund der zahlreichen anderen Einrichtungen kann niemand erkennen, wohin die Teilnehmer tatsächlich gehen.

**Verantwortlich für den Inhalt im „anstoß" (Seite 15 bis 18) zeichnen:**
**Barbara Bütow,** Ahornallee 31, O-1162 Berlin, Tel. 6 45 73 30
**Eckhard Busch,** Huttenstr. 6, W-1000 Berlin 21, Tel. 3 92 27 03
**Heidi Ruttmann,** Keibelstr. 4, O-1020 Berlin, Tel. 2 11 27 83

**Welche weiteren Angebote bietet der „Mehringhof"?**

Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher kultureller Möglichkeiten im „Mehringhof". Hier nur einige Beispiele: Druckula, eine Grafikwerkstatt, das Mehringhoftheater, ein Puppentheater für Kinder, eine Fahrradwerkstatt mit Ersatzteilverkauf, wo jeder sein Fahrrad selber reparieren kann, ein Café, die Schule für Erwachsenenbildung, den kurdischen Arbeiterverein, ein Bücherladen, Musikgruppen, Karate, ein Kinderladen, der Gesundheitsladen, der Verein für „Internationale Kriegsdienstgegner", ein Mädchenhaus sowie mehrere ambulante Dienste.

**Wieviele Teilnehmer betreuen Sie gegenwärtig?**

An unseren Gruppen nehmen zur Zeit ca. 90 Erwachsene teil, davon sind etwa 30 Teilnehmer mit geistiger Behinderung.

**Von wieviel Mitarbeitern werden die Teilnehmer betreut und welche Ausbildung haben die Mitarbeiter?**

Insgesamt sind bei uns 10 Kursleiter und Berater tätig. Alle Mitarbeiter sind Psychologen oder Pädagogen.

**Wie alt sind Ihre Teilnehmer?**

Die meisten von ihnen sind 20 bis 30 Jahre alt. In der Regel nehmen wir junge Erwachsene ab 18 Jahre auf, der älteste Kursteilnehmer war 70 Jahre.

**Wie kam es, daß Sie in Ihre Arbeit auch Erwachsene mit geistiger Behinderung einbezogen?**

Erst einmal sind wir der Meinung, daß man die Diagnose oder den Terminus „geistige Behinderung" grundsätzlich hinterfragen sollte. Gerade in den ersten Jahren war die Tendenz zu erkennen, daß viele, die über die Schriftsprache nicht ausreichend verfügten, global als „geistig behindert" eingestuft wurden. Erst ein differenziertes Kennenlernen ihrer Lernfähigkeiten gibt Aufschluß über die tatsächlichen Möglichkeiten. Da wir uns niemanden gegenüber verschließen wollten, haben wir uns insbesondere mit lerntheoretischen Inhalten und praktischen Erfahrungen für die Arbeit mit geistig behinderten Menschen beschäftigt. Auf der Suche nach Lernansätzen mußten wir zunächst feststellen, daß unsere Ziele und Schritte viel zu groß waren. So mußten wir unser Vorgehen korrigieren und unsere Anforderungen reduzieren. Grundsätzlich plädieren wir für die Integration der Menschen mit geistiger Behinderung in unsere heterogenen Gruppen.

**Wie erfolgt die Arbeit in Ihren Gruppen bei dem unterschiedlichen Anspruchsniveau der einzelnen Teilnehmer?**

Bevor wir die Gruppen für einen längeren Zeitraum zusammensetzen, erfolgen Beratungsgespräche mit den Teilnehmern und ihren Angehörigen sowie eine zweimonatige Orientierungsphase. Ein wesentlicher Aspekt ist die Motivation. Gerade bei Menschen mit geistiger Behinderung erfahren wir oft, daß insbesondere die Eltern sehr motiviert sind, aber der angehende Teilnehmer noch sehr ambivalent erscheint. Da die Teilnahme an unseren Kursen auch für die Angehörigen häufig grundlegende Veränderungen im

täglichen Leben zur Folge hat, scheint uns diese Form der Zusammenarbeit außerordentlich wichtig. Die Teilnehmer werden im Verlauf der Kurse zunehmend selbständiger, artikulieren eigene Lebensvorstellungen und beginnen Wünsche zu entwickeln, die das Familienleben schon verändern können. Mitunter stellen wir fest, daß geistig Behinderte sich von zu Hause zu lösen beginnen, eine eigene Wohnung haben möchten, so daß wir in unseren anfänglichen beratenden Gesprächen die Eltern schon auf mögliche Folgen hinweisen können.

Schon in der zweimonatigen Orientierungsphase versuchen wir die Teilnehmer näher kennenzulernen. Dabei erfahren wir, welche Voraussetzungen der Teilnehmer hat, inwieweit er sich auf einem Blatt Papier orientieren kann, aber auch wie die einzelnen Gruppenmitglieder miteinander arbeiten. Wichtig ist es, daß sich die Teilnehmer gegenseitig helfen und respektieren lernen. Das Erlernen der Schriftsprache ist nur ein Teilaspekt unseres Anliegens. Die Teilnehmer sollen lernen, sich in ihrem Leben selbstbewußter und selbständiger zu orientieren, dabei ist die soziale Kompetenz ein wichtiger Faktor. Viele sind es nicht gewohnt, in einer Gruppe zu sprechen oder sich mit anderen auszutauschen. Der Abbau von Ängsten und Hemmungen ist eine wichtige Aufgabe für uns.

In der Gruppe bestimmen wir das Lernziel mit und für jeden einzelnen Teilnehmer. Dabei sind die Schwerpunkte ganz individuell verschieden.

Nach der Orientierungsphase erfolgt dann ein weiteres beratendes Gespräch und die erste Reflexion nach zwei Monaten gemeinsamer Arbeit. Jetzt werden die Gruppen zusammengesetzt, die in der Regel ca. drei Jahre miteinander arbeiten werden. Kriterien für die Gruppenzusammensetzung sind z. B. der Kenntnisstand und das Lerntempo der Teilnehmer. Insbesondere der Anfang ist für viele kompliziert, da jeder über eigene individuell unterschiedliche Orientierungssysteme verfügt. Diese relativ bewährten Orientierungssysteme müssen vergessen werden und den schriftsprachlichen Symbolen Platz einräumen.

**Verbirgt sich in einer Integrationsgruppe nicht die Gefahr, daß gerade bei den geistig behinderten Teilnehmern durch das Vorbild anderer irreale Wünsche projeziert werden?**

Ja, diese Erfahrung gibt es. In den Gesprächen mit dem Berater oder dem Kursleiter lassen sich diese Wünsche in der Regel wieder relativieren. Wir sprechen mit dem Teilnehmer dann über seine bisherigen Erfolge, legen mit ihm folgende Lernziele fest und versuchen die Wünsche realitätsnah zu beeinflussen.

**Welche schriftsprachlichen Erfolge gibt es bei den Teilnehmern mit geistiger Behinderung tatsächlich?**

Das Erlernen der Schriftsprache sehen wir nur als einen Teilaspekt unserer Aufgabenstellung an. Es kann nur im Zusammenhang mit allen anderen Lebensbereichen beim Teilnehmer beurteilt werden. Der Teilnehmer lernt sein Leben inhaltsreicher, selbständiger zu gestalten

und sich mit Hilfe unterschiedlicher Elemente besser zu orientieren. Der eigene Name, die Anschrift, das Schreiben von Einkaufszetteln, das Erkennen von Hinweisen im Straßenverkehr, z. B. Bus- oder U-Bahnlinien, sind schriftsprachliche Möglichkeiten, die die Teilnehmer mit geistiger Behinderung erlernen können. Aber auch kleine Satzstrukturen für die sich alltäglich wiederholenden Kommunikationsformen sind bei einzelnen realisierbar.

**Wie häufig treffen sich die Gruppen bei Ihnen, und wo sehen Sie Ihre eigenen Grenzen?**

Die Gruppen treffen sich zweimal wöchentlich für zwei Zeitstunden. Unsere Grenzen sehen wir bei Suchtkranken, aber auch bei Bewerbern, die durchaus andere Bildungsangebote, wie z. B. die Volkshochschulen, besuchen könnten. Nach der Orientierungsphase gibt es vereinzelt die Möglichkeit der Vermittlung zu anderen Bildungsträgern. Aber auch den Suchtkranken versuchen wir zu helfen.

**Müssen die Teilnehmer den Kurs bei Ihnen selber finanzieren?**

Nein, grundsätzlich nicht. Die Finanzierung des „AOB" erfolgt in der Regel durch die Sozialämter entsprechend des Bundessozialhilfegesetzes oder durch den Schulsenat. Erfahrungsgemäß gab es bei der Finanzierung der Teilnehmerkosten bisher kaum Probleme.

**Das Interview führten Christine Schneider und Eckhard Busch.**

# Kritische Leserstimmen

Einige kritische Briefe zum Artikel „Dr. S. Eßbach – Wegbereiter der Rehabilitationspädagogik" gingen in unserer Redaktion ein. Eltern beklagten sich über die Ausgrenzung ihrer mehrfach- bzw. schwerstbehinderten Kinder aus den rehabilitationspädagogischen Tagesstätten. Deutlich wurde, daß es für diese Kinder keinerlei Möglichkeiten der Förderung und Bildung gab. Die Betroffenen bemühten sich vergeblich um Bildungsangebote und sind zutiefst verbittert. Das Ignorieren dieser Personengruppe durch die SED-Politik, die fachliche Inkompetenz der Leiter der Rehabilitationszentren und der Mangel an finanziellen Mitteln machten diese Arbeit nicht möglich. Kritische Hinweise von Eltern gab es auch zur Ausgrenzung der Behinderten aus dem DDR-Schulsystem sowie zur Stigmatisierung dieser Menschen als „Förderungsfähige, Schulbildungsunfähige".

Herr Mike Weimann schreibt u. a.: „Insbesondere war er (Dr. Eßbach), der Erfinder der ‚Förderungsfähigen' – wo bleibt da der Mensch? – und damit dem logischerweise förderungsunfähigen Rest, zu dem mein Sohn nach Eßbachschen richtungsweisenden Definitionen sein Leben lang gehören würde."

**Die Redaktion**

# Für jeden etwas

Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung von Reiseangeboten für Behinderte verschiedener Alters- und Schädigungsgruppen, die wir in loser Folge fortsetzen werden.

- Aktion „Freizeit behinderter Jugendlicher" e. V., Roermonder Str. 217, W-4050 Mönchengladbach 1 – für Kinder ab acht Jahren, Jugendliche und Erwachsene, Körperbehinderte, geistig Behinderte, Sinnesbehinderte, Lernbehinderte
- „Amsel e. V.", Paul-Lincke-Str. 8, W-7000 Stuttgart 1 – für an MS Erkrankte
- Amt für Gesundheitsdienst in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Egidienplatz 33, W-8500 Nürnberg 1 – für körperbehinderte Erwachsene und Familien mit Körperbehinderten
- Bayerisches Rotes Kreuz, Hohlbeinstraße 11, W-8000 München 86 – für Senioren und altersbedingt behinderte Menschen, Helfer werden vom BRK gestellt
- Landesverband der Vereine zur Förderung und Betreuung spastisch gelähmter Kinder u. anderer körperbehinderter Kinder in Baden-Württemberg e. V., Postfach 65 44, W-7500 Karlsruhe 1 – für Familien mit behinderten Kindern (Deutschland, Spanien, Schweiz)
- Deutsche Arbeitsgruppe Guldberg-Plan für die psychische Rehabilitation behinderter Kinder e. V,. Herrn M. v. Berris, Merler Allee 110, W-5300 Bonn 1 – für körperbehinderte Kinder und Jugendliche von 5 bis 15 Jahren
- Charterbüro Jachara, Eiderstraße 68, W-2370 Rendsburg
- Christlicher Blindendienst, Lessingstraße 5, W-3550 Marburg – für Blinde und Taubblinde ohne Altersbeschränkung
- Christlicher Blindendienst in Westfalen, Dr.-Großmann-Str. 3, W-4973 Vlotho – für Blinde und Sehbehinderte
- Familienferienstätte Haus Sonnenhang Pleystein, Schullandheimweg 9, W-8481 Pleystein/Opf. – für Körper- und geistig Behinderte ohne Altersbeschränkung
- Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg, Diözesanbüro München, Kapuzinerstraße 39/1, W-8000 München 5 – für körper- und geistigbehinderte Kinder und Jugendliche von 8 bis 25 Jahren
- Familienerholungswerk, Erzdiözese Freiburg e. V., Okenstraße 15, W-7800 Freiburg
- Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg, Diözesanverband Bamberg, Bärenschanzstraße 75, W-8500 Nürnberg 80

### Europareisen für Behinderte

Folgende Angebote für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte unterbreitete uns der Verein „Gemeinsam Reisen mit Behinderten". Anmeldung bitte an: Heinrich Prüller, Elchingerweg 10/1, W-7900 Ulm.

● **NIZZA** 1.–4. 3. 91, 3 Übernachtungen, Frühstück, Hotel, Begrüßungscocktail, Stadtführung, Lichterparade, Karnevalsveranstaltung, 380 DM

● **WIEN** 8.–10. 3. 91, 2 Übernachtungen, Frühstück, komfortables Hotel, Stadtführung, Heurigenabend in Grinzing, keine Nachtfahrt, Bordservice, 245 DM

● **ROM** 25. 5.–1. 6. 91, 7 Übernachtungen, Frühstück, Hotel in der City, Studienprogramm, Reiseleitung, Führungen/Eintritte, Papstaudienz, 855 DM

● **BERLIN** 11.–15. 6. 91, 4 Übernachtungen, Frühstück, Stadtrundfahrt, Besichtigungen, Führungen, 465 DM

● **TÜRKEI** 14.–25. 7. 91, 11 Übernachtungen, Halbpension, Istanbul, Jugoslawien, Bulgarien, Badeaufenthalt am Marmarameer, keine Nachtfahrt, Reiseleitung, 755 DM

● **FINNLAND** 30. 7.–6. 8. 91, 7 Übernachtungen, Frühstück, Fährüberfahrt, zollfreier Einkauf, Bordservice, Reiseleitung, keine Nachtfahrt, 698 DM

● **SCHWEDEN** 13.–19. 8. 91, 6 Übernachtungen, Frühstück, Fährüberfahrt, zollfreier Einkauf, Bordservice, Reiseleitung, keine Nachtfahrt, 498 DM

Sollten Sie Ausflugs-, Tages- oder sonstige Fahrten planen, erteilt Ihnen der Verein gern nähere Auskünfte. Auf Wunsch kann auch für Gruppen ein besonderes Reiseangebot zusammengestellt werden. Für die behinderten Fahrgäste stehen ausgebildete Reisebegleiter zur Verfügung.

## Leichtathletiklehrgang

Vom 28. März bis 6. April 1991 findet in Villeneuve-Lez-Avignon (Südfrankreich) unter Leitung eines Sportlehrers ein Leichtathletiklehrgang für interessierte RollstuhlsportlerInnen statt. Auch Spitzenathleten nehmen an dem Lehrgang teil und werden ihre Erfahrungen vermitteln. Zum Programm gehören Trainingslehre, Technikstudien anhand von Videoaufnahmen, Tips zur Verringerung des Trainingsrisikos, Präparierung der Fahrhandschuhe, Einstellung des Rennrollstuhls u. a. m. Der Leichtathletiklehrgang wird von der Firma SOPUR unterstützt, die auch ihren Einstellungs- und Reparatur-Service zur Verfügung stellt. Die Kosten betragen einschließlich Vollpension 360 DM. Kontakttel. 0 22 26/ 1 09 26, Yolande Hansen.

Dr. Martin Jaedicke

# Botschafterin vieler Behinderter

In der Geschichte der geistigen und materiellen Leistungen der Menschheit zählen nur die Ergebnisse und niemals die Beschwernisse oder die Leiden, unter denen sie erbracht wurden. Das Wissen um die Lebensumstände mancher Meister ist nicht frei von Kuriosität; denn was hat Beethovens Taubheit mit seinen großartigen Schöpfungen gemeinsam? Diese leben doch weiter, und zwar unabhängig von ihrem Urheber! Die einzige Ausnahme von diesem Gesetz des Vergessens ist wohl die taubblinde Schriftstellerin Helen Keller (1880–1968), die ausschließlich durch ihre Art der Lebensbewältigung von der Welt anerkannt wurde. Ich möchte die Taubblindheit nicht verklären; denn jede schwere Behinderung trifft ihren Träger mit Brutalität und zwingt zu einem meist hoffnungslosen Lebensplan. Objektiv ist nur zu sagen, daß Blindheit von den Dingen, Taubheit von den Menschen und Immobilität von den Räumen trennt. Wer vermag einzuschätzen, was schwerer sei?

Helen Keller stand zeitlebens unter dem Bann einer Mission; denn schon als junges Mädchen hatte sie unter dem Einfluß ihrer irischen Lehrerin Anne Sullivan den Entschluß gefaßt, ihre Fähigkeiten zum Wohle der sozial und politisch Entrechteten einzusetzen. Heute mag mancher einwenden, daß das wohl ein überstiegenes Ziel für einen Menschen in ihrer Lage sei, doch ihre Zeitgenossen hatten keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihres Einsatzes, weil sie die Zielstrebigkeit und die beherzte Parteinahme der Frau kannten und in Rechnung stellten, daß sie eisernen Fleiß mit Scharfsinn und ungewöhnlichem Charme verband. Vergessen wir auch nicht, daß sie schon 1902 mit 22 Jahren ein Buch geschrieben hatte, das bis heute ein Welterfolg geblieben ist: „Die Geschichte meines Lebens".

Was konnte dieser junge Mensch schon erlebt haben? Ihre anrührende und bewegende Geschichte handelt zunächst von einem Kind, das im Alter von 18 Monaten ertaubt und erblindet und als unbeeinflußbares Geschöpf aufwächst. Ihre Eltern gehören zu den verarmenden Pflanzerbaronen Alabamas, und überall findet man noch Spuren des Bürgerkrieges, der 1865 zu Ende ging. Das Mädchen tobt mit Spielgefährten und Tieren durch Häuser, Ställe und Gärten und achtet nicht der Schrunden und Dornen. Dann kommt eines Tages eine neue Person mit festen Händen, die alle Mutterpflichten übernimmt. Sie drückt dem Kind immerfort Gegenstände in die Hand und streichelt ihm die Finger, was nur gut geht, weil Helen äußerst neugierig ist. Plötzlich – unter einem kalten Strahl – begreift die Siebenjährige, daß zwischen dem Wasser und dem

Streicheln ein Zusammenhang besteht. Es ist eine Sternstunde der Pädagogik. Sie erfaßt in der Folge die Fingersprache, lernt die Namen der Dinge, die Bezeichnungen für die menschlichen Handlungen und sogar die idiomatischen Fügungen der Sprache.

Mit Geschick fördert die geniale Lehrerin Anne Sullivan auch die Entwicklung des Denkens, angetrieben durch die Leistungen ihrer Schülerin. Bald verlassen beide das rückständige Herrenhaus im tiefen Süden, wo sich Frauen nicht entfalten können, um an den Schulen und Universitäten der Ostküste integriert zu lernen. Fingersprache und Braille bilden die Brücke zur Welt. Freunde wie Mark Twain helfen mit Geld und Beziehungen, denn die Familie ist bankrott. Helen jedoch ist am Ende ihres Studiums und ihres Buches glücklich, weil sie ihre Unabhängigkeit behauptet hat, und weil man sie anerkennt. Die Leser jedoch sind von dem Willen und den Leistungen der Taubblinden beeindruckt; sie sind überzeugt, in ihrer Person dem pädagogischen Forschritt und einem modernen Wunderkind begegnet zu sein. Als Helen Keller 1968 mit 88 Jahren stirbt, ist sie in den Nachrufen das Wunderkind geblieben. Ist also ihre Mission gescheitert?

Blicken wir auf ihr Leben. 16 Bücher und vierhundert Artikel weist ihre Bibliographie auf. Als sie erkennt, daß Vorurteile gegen Behinderte am ehesten durch eigenes überzeugendes Auftreten überwunden werden, wird sie Vortragsrednerin, ungeachtet der Mühen des qualvoll erlernten Sprechens. Dann entdeckt sie den Reiz des Reisens, fährt 1936 nach Japan und sucht während des Krieges zahlreiche Lazarette auf, um Schwerstverstümmelten Mut zuzusprechen. Von 1945 bis 1955 bereist sie auf Einladung der Regierungen 35 Staaten der Dritten Welt, um für die Anerkennung und Eingliederung der Behinderten zu wirken. Sie scheut keine Strapazen und bewältigt alles in großartig damenhafter Haltung.

Lange Jahre stellt sie auch ihre Mission in einen größeren Zusammenhang. Jeder, der Arbeit für Behinderte leistet, muß sich irgendwann die Frage beantworten, ob er seine Aufgabe eng auf Blinde, Gehörlose oder Debile beschränken will oder ob er sie in einen größeren politischen Rahmen einordnet, um durch allgemeine Veränderungen die Lage seiner Schützlinge prinzipiell zu heben. Helen Keller wird nach 1905 Sozialistin, steht den Gewerkschaften nahe, gibt Geld für Streikende und Inhaftierte, kämpft 1916 gegen den Eintritt der USA in den Krieg und begrüßt die Oktoberrevolution. Jahrelang sammelt sie Geld für die Hungernden in Sowjetrußland und bewundert Lenin. Weil sie nicht bereit ist, entsprechende Abschnitte aus den deutschen Ausgaben zu tilgen, werden ihre Bücher 1933 kurzerhand verboten. Den Krieg gegen Hilter unterstützt sie. Als nach 1945 die politische Dimension durch Kalten Krieg und Stalinismus verloren geht, wendet sie sich ausschließlich der Behin-

dertenarbeit zu und unternimmt in diesem Zusammenhang lange strapaziöse Reisen.

Wir meinen, daß Helen Keller eine hervorragende Botschafterin aller Behinderten war. Ihr Lebenswerk zeigt, was selbst Schwerstbehinderte leisten können, wenn sie die Möglichkeit zur Entfaltung erhalten. Wir sollten dazu beitragen, daß ihr Beispiel nicht vergessen wird, damit es weiterwirken kann.

**Renate Wolf**

# Club der Kleinen Leute

„Warum eigentlich nicht?", dachte sich Frau Schreiber aus (damals noch) Karl-Marx-Stadt und begann, uns kleinwüchsige Menschen zu organisieren. Aber welche Schwierigkeiten erwarteten sie! Beim Aufgeben einer Annonce in der „Wochenpost": „Wer nicht über 150 cm groß und an Problembewältigung und geselligem Beisammensein interessiert ist, schreibe an ..." mußte sie sich unterstellen lassen, zur „Volkszusammenrottung" aufzurufen. Im Mai 1989 erschien dann endlich diese Anzeige. Etwa 35 Leute meldeten sich spontan.

Anfang September vergangenen Jahres trafen sich 17 von uns Kleinwüchsigen in der Jugendherberge Adelsberg. Die Atmosphäre war gleich locker und aufgeschlossen. Der erste Abend diente uns zum Kennenlernen. Am nächsten Vormittag unternahmen wir einen Ausflug, und nachmittags konnten wir einem Arzt viele Fragen stellen. Abends gab es eine Wahnsinnsdisko! Wann haben wir schon einmal mehrere Partner in gleicher Größe zum Tanzen?

Wir trennten uns nicht, ohne ein neues Treffen zu planen. Fünf sind es inszwischen geworden. Über Ostern wollen wir uns in Bad Saarow zusammenfinden (siehe Heft 3/91).

Bei jedem Treffen gibt es einen Vortrag, einen Ausflug und Gelegenheit zum Tanz. Unsere Mitgliederzahl steigt beständig. Auch einen Maßschneider konnte Frau Schreiber für uns interessieren. Es ist nämlich eine rechte Plage für uns, angemessene Kleidung zu bekommen. Nicht jeder kann sich da selber helfen.

Unser Club der Kleinen Leute gehört dem Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland an. Monika Schreiber ist weiterhin unsere Vorsitzende. Hier ihre Anschrift: Am Bahrebach 83, O-9081 Chemnitz.

## Neuer Treffpunkt

Im Feierabendheim „Georg Nusche", Müggelschlößchenweg 46, Berlin-Köpenick, eröffnete der Behindertenverband eine neue Begegnungsstätte für Behinderte.

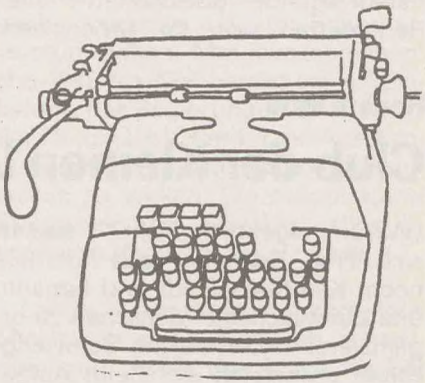
Die Bürger können sich dort mittwochs von 16 bis 19 Uhr Rat und Unterstützung holen. Nähere Auskünfte unter der Rufnummer 6 50 43 41, App. 2 73.

# Ein Plädoyer für Freundschaft und Verständnis

Ich kann die Ansicht von Sigrid Arnade (Heft 21 + 22/90, S. 5) nicht teilen. Erstens glaube ich kaum, daß ein Behinderter, der in der Lage ist, in einer eigenen Wohnung zu leben – zwar mit Hilfe und Unterstützung von „außen" – es vorzieht, in ein Heim zu ziehen; und die Menschen, die auf Grund ihrer körperlichen Situation gezwungen sind, einen Heimplatz in Anspruch zu nehmen, müssen Toleranz üben? Aber entspricht Toleranz nicht den allgemeinen Normen des menschlichen Zusammenlebens, auch für Nichtbehinderte? Nur ein Robinson auf seiner einsamen Insel braucht keine Rücksichten auf andere zu nehmen, nur er hat alle erdenklichen Freiheiten, braucht sich niemandem anzupassen. Ich halte jedoch ein Leben fernab jeder Gemeinsamkeit, egal in welchem Rahmen, für nicht erstrebenswert.

Die Autorin verweist darauf, daß das Leben in einer eigenen Wohnung für Behinderte sehr kräfte- und zeitraubend sei. Aber ist nicht gerade die Meisterung all der Alltagsprobleme und die Pflicht, Entscheidungen zu treffen wie jeder andere mündige Bürger, Ausdruck der von uns Behinderten immer wieder geforderten Selbstbestimmung?

Frau Arnade stellt die Frage, „denn woher sollen die Behinderten dieses Zutrauen zu sich selbst nehmen, wenn sie von klein auf ein fremdbestimmtes Leben in Abhängigkeit geführt haben?" Ich kenne eine Spastikerin, die 10 Jahre die Schule für Behinderte „Dr. Georg Benjamin" in Berlin besucht hat. Diese junge Frau hat den Willen und die Kraft ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sie hat eine eigene Wohnung und sie engagiert sich, da gegenwärtig vieles in der ehemaligen DDR den Berg runterrollt, sehr für den Erhalt dieser Sonderschule.



Mit innerer Bewegung habe ich den Brief von Frau Theresia Weber (Heft 21 + 22/90, S. 19) aus Mühlhausen gelesen. Ich kann all das, was sie hinsichtlich der Leistungen der SV zum Ausdruck bringt, voll unterstützen. Genauso teile ich ihre Ängste vor der sich herausbildenden Ellenbogengesellschaft, welche „die Alten, Schwachen und Behinderten im-

mer mehr an den Rand" drängt, da sich Gleichgültigkeit, Gefühlskälte und Egoismus ausbreiten. Und gerade dagegen sollten wir etwas tun! Wir Behinderten wissen doch aus eigener Erfahrung, wie wichtig – ja wie lebensnotwendig – Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Verständnis für einander sind. Wir sollten diese Eigenschaften nicht verkommen lassen, sondern sie pflegen und bewahren. Ich denke, daß dies etwas ist, was wir in die Einheit Deutschlands einzubringen haben.

**Ursula Teltow**
Berlin

## Für Behinderte keine Automatik-Mietwagen

Wir hatten Anfang Dezember einen schweren Verkehrsunfall. Mein Behindertenauto mit Totalschaden, wir kamen mit dem Leben, aber mit großem Schrecken davon! Die Ärzte und die Versicherungen gaben uns in der jetzt wirklich schweren Zeit große Hilfe. Mit viel Geduld und Fürsorge versuchten die Ärzte, mich auch seelisch nach dem Schock aufzurichten, denn als behindeter Mensch ist man für ein aufmunterndes Wort sehr dankbar.

Aber was wir dann erleben mußten! Von der Versicherung wurde uns ein Mietauto zugesagt und ein Vermieter vermittelt. Wir fuhren mit dem Taxi zu ihm und bekamen dann auch gleich ein tolles Auto. Aber nach 26 km Fahrt sprang es nicht mehr an, obwohl es in der Garage bei uns stand. Wir benachrichtigten den Vermieter und baten um Abholung des defekten Kfz. Aber leider konnte er es auch nicht nach Hause fahren, sondern mußte das Auto mit Abschleppseil zurück befördern.

Dann sollte ein „Jetta" bis Weihnachten vor der Tür stehen. Der Händler gab sich große Mühe, und das Auto kam dann von Hamburg auch bis Schwerin. Durch Fehlinformation blieb es aber dort stehen. Ich erlaubte mir dann, mich nach Weihnachten zu informieren, woran es denn gelegen hätte. Also erstens war der Fahrer krank geworden, und zweitens bekam der Autovermieter in Schwerin keine Nachricht, wer die Überführungkosten trägt!!! Trotz aller Bemühungen war kein Mietauto mit Automatik in ganz Stralsund aufzutreiben. Sollten sich hier die Autovermieter nicht auch Gedanken machen, um uns Behinderte in dieser Richtung zu helfen?

**Gisela Krumbier**
Stralsund

## Jedes Leben ist lebenswert

Als ich vor zwei Jahren die Schule mit der 10. Klasse abschloß, blieb mir ein Spruch, der in unserem Klassenzimmer hing, im Gedächtnis. Er hieß: „Unser Leben ist nur so nützlich und interessant, wie wir es selbst gestalten".

Diesen Ausspruch machte ich mir zum Begleiter. Ich versuche nach ihm zu handeln, indem ich auch als Behinderter das Beste aus meinem Leben mache und mich nicht von Men-

schen, die anders denken, unterkriegen lasse. Gerade diese trauen sich meist selbst nicht viel zu und haben demzufolge auch ein großes Mißtrauen, Angst um unsere Gesundheit und Angst vor Gefahren, die einem zustoßen könnten. Diese Erfahrungen mache ich tagtäglich. Ich bin dann sehr bedrückt und sehe es als Nichtakzeptieren meiner von mir angestrebten Ziele an.

Wichtig sind für mich ein fester Wille und Freunde. Sie geben mir Mut und Kraft und viele Hinweise. Ich möchte mich vor allem an die Heimbewohner in Ost und West wenden. Mögen sie die notwendige Kraft haben, um einen Weg außerhalb des Heimes gehen zu können. Ich weiß, es ist schwer, sich als behinderter Mensch durchzusetzen, aber jedes Leben kann auf seine Art und Weise lebenswert sein. Jetzt müssen wir lernen, uns selbst um unsere Rechte zu kümmern!

Zum Schluß möchte ich an zwei selbst ausprobierten Beispielen zeigen, wie schön das Leben auch für uns behinderte Menschen sein kann: Als ich voriges Jahr im Sommer meine Freundin in der Nähe von Nürnberg besuchte, stand ich vor einem doch recht großen Problem. Noch nie zuvor war ich allein verreist, schon gar nicht mit dem Zug. Nun war ich auf dieses Verkehsmittel angewiesen. Wie sollte ich das schaffen? Der Tag rückte näher und näher, und die Angst wurde immer größer. Nun war es so weit, und ich fuhr in Richtung Nürnberg. Ich habe alles bestens überstanden und bin froh, diesen Schritt getan zu haben, denn nur so wächst das Verständnis der Menschen, die einem behilflich sind, wenn man sie in einem netten Ton anspricht. Seit Oktober 1990 bin ich in der Evangelischen Studenten-Gemeinde. Diese veranstaltet jeden ersten Samstag im Monat ein Treffen mit behinderten Menschen. Durch meine Kontaktfreudigkeit habe ich auch viele Nichtbehinderte kennengelernt und gestalte mit ihnen einen Teil meiner Freizeit.

Ich hoffe, daß noch viele Behinderte diese oder andere Erfahrungen machen werden, jedenfalls wünsche ich Ihnen viel Kraft und Energie.

**Sylke Prager**
Leipzig

## Kritik an Nummer 1

Die Ausgabe 1/91 der STÜTZE war für uns enttäuschend. Besonders auffallend negativ war das, was diesmal unter POST und RECHT „verkauft" wurde – beides eine Zumutung, und es ist schade um das Papier, das dazu verwendet wurde. Hoffentlich waren das einmalige Fehlentscheidungen und Ausrutscher, obwohl gerade in dieser Ausgabe noch mehr war, was den guten Ruf unserer STÜTZE schaden könnte. Was zum Beispiel soll der Beitrag über den außerordentlichen Verbandstag des VdK? Haben wir im ABiD nicht genügend eigene Probleme? Wie der VdK ehemalige DDR-Bürger behandelt, wie er versucht, uns Sand in die Augen zu streuen, das haben wir selbst praktisch schon erfahren – was also soll dieser Artikel? Im übrigen sind wir froh, bisher

nicht sehr oft Versammlungsberichte serviert bekommen zu haben, und wenn, dann doch mit konkreteren Aussagen über das WAS und WIE **unseres** Verbandes.

Es tut uns leid, heute einmal etwas strenger mit Ihnen verfahren zu haben, doch wir meinen, im Interesse unserer STÜTZE muß das gesagt werden, denn wir sind froh, eine Behindertenzeitung zu haben, deren Profil sich sehen lassen kann!

**Familie Müller**
Cottbus

## Aus Briefen an den Verbandspräsidenten

... wir waren sehr erfreut, Ihren Brief zu erhalten. Unsere Organsiation ist auch noch jung – die Allrussische Gesellschaft der Behinderten wurde im August 1988 gegründet. Unsere Hauptaufgabe besteht in der Verteidigung der Rechte und Interessen Behinderter. Es ist bei uns ein Gesetz „Über die grundsätzlichen Anfänge der sozialen Sicherung von Invaliden in der UdSSR" angenommen worden, an dessen Ausarbeitung wir unmittelbar teilgenommen haben. Ein analoges Gesetz wird für Rußland vorbereitet. Eine zweite wichtige Richtung unserer Arbeit ist die Arbeitsvermittlung für Invaliden.

Der schwierigen Periode, in der sich die Ökonomie des Landes befindet, Rechnung tragend, gehen wir trotzdem den Weg, unsere Einrichtung aufzubauen.

Im November vergangenen Jahres haben wir begonnen, ein Wochenblatt „Die Hoffnung" herauszugeben. Wir schicken Ihnen heute die 2. Nummer mit und haben auch die uns von Ihnen übergebenen Zeitschriften DIE STÜTZE an unsere Redaktion weitergeleitet.

Ich hoffe, daß sich zwischen uns enge freundschaftliche Beziehungen herausbilden ...

**Alexander Lomakin,**
Stellv. Vorsitzender der
Allrussischen Gesellschaft
der Behinderten (WOI)

## Wir sind mit Euch!

Wir, die Marburger Krüppelfrauengruppe, beschäftigen uns neben persönlichem Erfahrungsaustausch mit politischen Themen wie z. B. Gentechnologie, Bioethik, Eugenik und der daraus resultierenden unterschiedlichen Bewertungen vom Leben.

Da wir die Ziele des ABiD befürworten und unterstützen, wollen wir dem ABiD beitreten und erklären hiermit unsere Mitgliedschaft.

**Beatrix Baudner**
W-3550 Marburg
Sybelstraße 16

In der POST-Rubrik veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften an die Redaktion und an den ABiD. Wir danken für jeden Brief, bitten aber um Verständnis, daß die ehrenamtlich arbeitende Redaktion außerstande ist, in jedem Fall den geschilderten Problemen nachzugehen und die Briefe individuell zu beantworten.

# Wer soll das bezahlen?

Das Schreibtelefon „Multikom script" wurde bei der Bundestagung des Deutschen Gehörlosen-Bundes der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Neuentwicklung hat eine Tastatur und einen Bildschirm. Der eigene Text ist in weißer, der Text des Gesprächspartners in schwarzer Schrift erkennbar. Ein wesentlicher Fortschritt gegenüber bisherigen Schreibtelefonen ist es, daß auch längere Text sichtbar bleiben. Ein großer Vorteil des neuen Gerätes ist auch seine Paßfähigkeit zum Bildschirmtext. Dadurch hat der Teilnehmer (zumindest in den alten Bundesländern) Kontaktmöglichkeiten zu rund 250 000 Btx- und 600 000 Telefax-Teilnehmern und 120 000 Inhabern von Fernschreibeanschlüssen.

„Multikom" kostet einmalig 1549 DM (plus monatlich 10,60 DM bzw. 13,60 DM Wartungskosten). Für ein Mietgerät (inklusive Wartung) verlangt Telekom monatlich 40,80 DM.

Bleibt nur zu hoffen, daß derartige Neuerungen möglichst bald und zu erschwinglichem Preis auch den bisher benachteiligten Bürgern der neuen Bundesländer zur Verfügung stehen!

Ein erster Schritt wäre das rasche Einlösen der Ankündigungen der Bundespost, mehr Fernsprechanschlüsse einzurichten. Auch die Zahl der Telefonleitungen zwischen Ost und West ist noch völlig unzureichend. Der Vorstandsvorsitzende von Telekom, Helmut Ricke, versprach bis 1994 etwa 1,2 Millionen Anschlüsse im „ Beitrittsgebiet" zu schalten. Eines ist für mich aber bisher immer noch nicht klar: Warum zahlen die Bewohner der neuen Bundesländer mit ihrem weitaus niedrigerem Durchschnittseinkommen für schlechtere Leistungen höhere Telefongebühren? Oder bin ich in dieser Zeit widersprüchlicher Informationen einer Falschmeldung aufgesessen?

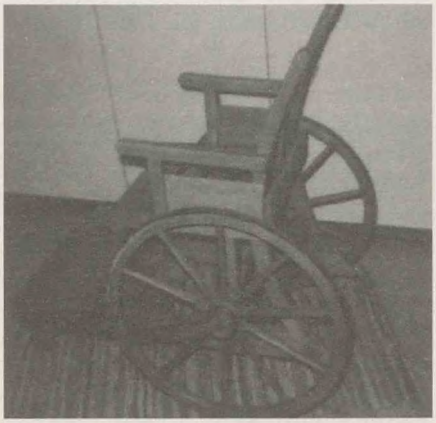
**Franz Wirt**
Berlin

★

**ZUM PROBLEMKREIS** „Rehabilitation von Behinderten" führt der „Internationale Arbeitskreis Sonnenberg" 1991 folgende Tagungen durch:

- 28. 04.–04. 05. 1991 „Wege und Hilfen zur selbständigen Lebensführung behinderter Menschen", 390/280 DM
- 27. 10.–03. 11. 1991 „‚Flugversuche' gegen eine tödliche Ethik: Leben mit Behinderungen", 420/310 DM
- 12. 05.–20. 05. 1991 „Möglichkeiten der Förderung von Kindern mit Down-Syndrom im Schulalter" (für betroffene Familien mit Kindern im Alter von 6–14 J. und für Fachleute) 455/345/Ki. 180 DM
- in Brüssel geplant: 21. 09.–26. 09. 1991 „Die Arbeitssituation behinderter Erwachsener in Europa" ca. 500 DM
- 22. 09.–29. 09. 1991 „Leben ohne Beruf?" Zu den Lebens- und Berufsperspektiven schwerstbehinderter Menschen" 420/310 DM

Die Tagungsbeiträge schließen Unterkunft, Verpflegung und Abholung in Bad Harzburg ein. Der jeweils niedrigere Betrag gilt für Schüler, Studenten, Auszubildende und Arbeitslose gegen Vorlage einer Bescheinigung. Anmeldung bitte über: Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, Gesellschaft für Kulturaustausch e. V., Bankplatz 8, PF 29 40, W-3300 Braunschweig.



*Mehr als 100 Jahre alt ist dieser Holzrollstuhl. Als Hilfsmittel für seinen schwerbehinderten Sohn erfand und baute ihn damals ein Vater in Afrika. So primitiv dieser Rolly ist, im Grundprinzip unterscheidet er sich kaum von denen, die wir kennen. Frau Wegner entdeckte auf einer ihrer Reisen diesen Rolly bei den Kindeskindern des Herstellers in einem afrikanischen Dorf und brachte ihn jetzt mit in ihre Konstanzer Wohnung.*

**ERSTMALS** konnte aus der Zeit der Antike ein Fall von Querschnittslähmung – wahrscheinlich die Folge einer Kinderlähmung – mit einem archäologischen Fund nachgewiesen werden. An dem Skelett eines 40- bis 60jährigen Mannes, das bei Ausgrabungen im Stadtgebiet des römerzeitlichen Linz (Österreich) gefunden wurde, läßt die fortgeschrittene Rückbildung der Beinknochen darauf schließen, daß dieser Kranke lange Zeit mit einer Behinderung lebte und innerhalb einer sozialen Gemeinschaft gepflegt wurde.

★

**IM RAHMEN** der Veranstaltungsreihe „Sexualität und geistige Behinderung" findet am Montag, dem 11. März 1990, um 19.30 Uhr bei PRO FAMILIA, Gotzkowskystr. 8, W-1000 Berlin 21, Tel.: 0 30/3 92 60 19, ein Abend für interessierte Eltern statt.

★

**DIE STEPHANUS-STIFTUNG** in Berlin-Weißensee, die dort und in 23 weiteren Außenstellen rund 1 600 Menschen, vor allem geistig behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene, betreut, erhielt von der AKTION SORGENKIND insgesamt

## *Das vorletzte Wort*

***Courage ist gut, Ausdauer ist besser.***

Theodor Fontane

600 000 DM bewilligt. Das Geld soll verwendet werden für:

- den Umbau eines Gebäudes in Berlin-Weißensee als Wohnheim für Behinderte,
- die Modernisierung des „Ulmenhofes" in Berlin-Wilhelmshagen und
- die Sanierung von „Haus Heilbrunn" im Kreis Kyritz.

Der Direktor der Stephanus-Stiftung, Pastor Werner Braune, meinte: „Eine berufliche Rehabilitation ist wesentlich leichter zu bewältigen, als für jeden Behinderten ein entsprechendes Zuhause zu finden. Geschützte menschenwürdige Wohnformen haben wir erst in geringem Maße." Wohnen für Behinderte ist aber die Voraussetzung für eine umfassende berufiche Rehabilitation. An Behinderte werden hohe Anforderungen gestellt, wenn sie in einen Arbeitsprozeß hineinkommen, und es sind vermehrte Anstrengungen zur Herstellung ihrer Chancengleichheit notwendig.

**Rudi Renner**
Berlin

★

**DAS DEUTSCHE STUDENTENWERK** (DSW) bietet für behinderte und chronisch kranke Studierende in der Endphase oder nach Abschluß des Studiums vom 19. bis 21. März eine Tagung zum Thema „Berufseinmündung" an. Gemeinsam mit Mitarbeitern der Arbeitsverwaltung und der Schwerbehindertenvertretungen im öffentlichen Dienst werden Probleme und Möglichkeiten behinderter und chronisch kranker Hochschulabsolventen beim Übergang vom Studium in den Beruf erörtert.

Die Tagungsteilnehmer erhalten Informationen über die verschiedenen Vermittlungsdienste der Arbeitsverwaltung und die Fördermöglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit. Ein weiteres Thema ist die Beschäftigung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst. Anmeldeschluß für das Seminar ist der 28. Februar. Nähere Auskünfte gibt die Beratungsstelle für behinderte Studienbewerber und Studenten, Weberstr. 55, W-5300 Bonn 1, Tel.: 2 69 06 62.

★

**IN POTSDAM** hat sich als letzter in den fünf neuen Bundesländern der Landesverband Brandenburg der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) gegründet. Der im April diesen Jahres ins Leben gerufene Verband Berlin-Brandenburg wurde Ende Juni aus organisatorischen Gründen aufgelöst (STÜTZE 9/90).

Aufgabe des neuen Landesverbandes wird es u. a. sein, schnell Kontaktgruppen aufzubauen, möglichst viele der an MS-Erkrankten aus der Isolation zu holen und ins gesellschaftliche Leben zu integrieren sowie MS-Betroffene und deren Angehörige und Freunde zu beraten und betreuen. Die Schirmherrschaft des Landesverbandes Brandenburg hat Dr. Manfred Stolpe übernommen. Vorsitzender des Landesverbandes ist: Dr. Peter Meier, Phöbener Str. 1, O-1501 Töplitz, Tel.: 3 39 – einer von sieben Betroffenen aus dem elfköpfigen Vorstand.

**VOLKER KESSLING**, Autor von „Tagebuch eines Erziehers" und „René ist mein Bruder" begann am 2. Januar 1991 seine Tätigkeit als Behindertenbeauftragter beim Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg. Wir wünschen ihm viel Erfolg!

★

**ACHTUNG UMZUG**: Die Hauptfürsorgestelle des Landes Brandenburg ist umgezogen: Stadtring 3, O-7500 Cottbus. Die Adressen der Zweigstellen sind unverändert.

★

**UMGEZOGEN** ist auch die Hauptfürsorgestelle in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg. Sie befindet sich nun in einem absolut behindertenunfreundlichen Objekt: Leninstraße 120, in der 3. Etage – ohne Fahrstuhl! (Tel. 5 80 25 73). In der 4. Etage befindet sich das Versorgungsamt! *(Solche Maßnahmen lassen Freude aufkommen, insbesondere bei Rollstuhlfahrern und anderen schwerstbehinderten Bürgern.)*

★

**FREIZEITANZÜGE** für die besonderen Bedürfnisse von Rollstuhlfahrern stellt die „Freizeit- und Bademoden AG" in O-9273 Oberlungnitz her. Die Vertretung hat ihren Sitz in der Schlegelstr. 15, O-1040 Berlin.

**DER PRÄSIDENT** des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Herr Reiner Prachtel, bat am 19. Dezember 1990 in seiner Heimatstadt Neubrandenburg um Aufnahme als Fördermitglied im ABiD.

★

**EINE SOZIALSTATION** für ältere Bürger wurde Anfang Februar in der Boxhagener Straße 93 in Berlin-Ost eröffnet. Mit dieser Einrichtung betritt die Volkssolidarität e. V. Neuland bei der Betreuung älterer und behinderter Bürger. Dazu arbeiten unter einem Dach sechs Pflegekräfte für die häusliche Krankenpflege, 35 Hauswirtschaftspflegerinnen, ein Sozialarbeiter, fünf Zivildienstleistende, ein Ökonom und der Leiter der Einrichtung zusammen. Sie sollen rund 600 hilfsbedürftige Bürger betreuen. In den Räumen der Station gibt es außerdem einen Mittagstisch mit relativ preiswertem Angebot.

---

## *Das letzte Wort*

***Die Sprache ist ein unvollkommenes Werkzeug. Die Probleme des Lebens sprengen alle Formulierungen.***

Antoine de Saint-Exupery

**Anzeigenannahme für „DIE STÜTZE"**
Direktion Marketing Humanitas München, Michael C. Pegau, Augustenstr. 115, W-8000 München 40, Telefon (0 89)52 39 01 60 / 2 75, Telefax: 5 23 90–4 09
**Anzeigenpreise:** private Kleinanzeigen (einspaltig) je Zeile 3 DM, 1 Seite 500 DM, 1/2 Seite 270 DM, 1/4 Seite 150 DM.

# Jetzt auch in Berlin

**BEHINDERTENGERECHTE FAHRZEUGUMRÜSTUNG**

der Firma

**G U I D O S I M P L E X**

**Der ehemalige Rennfahrer CLAY REGAZZONI, durch Unfall querschnittsgelähmt, hat Systeme entwickelt, die es auch Schwerstbehinderten möglich machen, Kraftfahrzeuge (PKW, NKW) sicher und problemlos zu führen. Die Geräte werden von den Kostenträgern BfA, AOK u. a. als förderungswürdig anerkannt.**

**Individuelle Beratung: Firma**

**HORST MOELKE**

**Chausseestraße 103**
**O-1040 B E R L I N**
**Telefon: 2 81 71 87**

# ROLLFIETS

Das ROLLFIETS eröffnet eine völlig neue Erlebniswelt. Der Rollstuhl ist anpassungsfähig, stabil, bequem und läßt sich mit einem Handgriff vom sportlichen Fahrrad abkoppeln. Mit seiner Hilfe können Rollstuhlfahrer innerhalb eines erweiterten Aktionsradius unmittelbar ihre Umgebung erfahren: hautnah – und umweltfreundlich. ROLLFIETS ist ein gesundes, anerkanntes Hilfsmittel. – Mehr über dieses Erlebnis-Konzept finden Sie in unserem ausführlichen, kostenlosen Informationsmaterial. Fordern Sie es an..Sie werden begeistert sein.

# Aktiv dabei!

ROBERT HOENING · SPEZIALFAHRZEUGE
Böblinger-Str. 11 · D-7250 Leonberg 3
Tel. 07152-43046 · FAX 07152-73589